

Online-Diskussionsforum für Gedenkstätten

von Thomas Lutz

Von verschiedenen Seiten ist der Wunsch geäußert worden, ein Diskussionsforum für Gedenkstätten, das auf einer E-Mail-Liste beruht, zu haben. Nach der Abwägung der inhaltlichen Bedürfnisse und des dafür notwendigen Aufwandes möchte ich dazu nun folgenden Vorschlag machen, der bereits mit einer Anzahl von Gedenkstätten/-Initiativen abgestimmt ist:

Es erscheint mir im Moment noch wenig sinnvoll, eine eigene Diskussionsgruppe zu eröffnen. Zum einen muß der Aufwand, diese Gruppe einzurichten und zu pflegen, berücksichtigt werden, zum zweiten bin ich mir nicht sicher, ob der Bedarf und die Zahl der Teilnehmenden schon so groß ist, daß dort wirklich eine intensive Diskussion stattfinden wird. Daher möchte ich vorschlagen, daß sich alle Interessierten aus dem Bereich der Gedenkstättenarbeit zunächst in die E-Mail-Liste eintragen, die für deutschsprachige Museen auf dem Server des Deutschen Historischen Museums geführt wird. Die »demuseum«-Liste ist offen für alle Interessierten und umfaßt im Moment über 400 Teilnehmende (Institutionen und Privatpersonen). Ich denke, es spricht nichts dagegen, wenn die Diskussionsbeiträge und Fragen, die von Gedenkstätten dort gestellt werden, von Personen, die im Museumsbereich tätig sind, mitgelesen werden. Ich würde es sogar für vorteilhaft halten, da vielleicht aus diesem Bereich Hinweise und Ratschläge kommen können, die man in Gedenkstätten gut verwenden kann.

Informationen über die »demuseum«-Liste

sind über Internet abzurufen: [**http://www.dhm.de/\(roehrig/demuseum/**](http://www.dhm.de/(roehrig/demuseum/)

Interessenten, die sich in die Liste eintragen möchten, schicken bitte Ihre Mail an:

Maiser@dhm.de mit dem Eintrag: **subscribe demuseum exit**

Quo Vadis Gedenkkultur?

Eine Erklärung der Arbeitsgemeinschaft

der KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland aus gegebenem Anlaß

von Volkhard Knigge

Laut FAZ vom 6. 8. 1998 hat der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Heiner Geißler betont, »Deutschland brauche das Holocaust-Denkmal als zentrale Gedenkstätte. Die ehemaligen Konzentrationslager seien zwar auch Gedenkstätten, aber wer besucht schon Konzentrationslager?«

Dazu stellen die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft fest:

Die Feststellung Geißlers verrät völlige Unkenntnis, sie zeugt darüber hinaus von fehlender Sensibilität gegenüber überlebenden Opfern der Konzentrationslager, denen in vielen Fällen der Erhalt dieser Orte und ihre Umwandlung in Gedenkstätten zu verdanken ist. Die KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland werden – trotz notorischer Unterausstattung gerade der westdeutschen Gedenkstätten – jährlich von mehreren Millionen Menschen aus dem In- und Ausland besucht. Sie sind internatio-

nale Lernorte, die mit Schulen, Einrichtungen der Lehrerfortbildung, außerschulischen Bildungseinrichtungen, internationalen Jugendaustauschdiensten und den Gedenkstätten und verwandten Museen in Israel, den USA und Europa eng zusammenarbeiten. Es sind Orte, an denen die Stimme der Opfer Gehör fand, lange bevor das Thema der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Mordpolitik auf ein breiteres öffentliches Interesse stieß. Sie sammeln, sie dokumentieren, sie richten Ausstellungen aus. Sie bewahren die Erinnerung, sie klären auf, sie bilden. Sie haben zum Ansehen der Bundesrepublik in der Welt einen wesentlichen Beitrag geleistet. Die Feststellung Geißlers schlägt all denen ins Gesicht, die in zäher, oft ehrenamtlicher Arbeit gegen zahllose Widerstände und nicht selten als Nestbeschmutzer verschrien das einzigartige Netzwerk dezentraler Gedenkstätten an den authentischen Orten in der Bundesrepublik Deutschland aufgebaut haben. Vergessen werden sollte nicht, wie wenig politische Unterstützung diese Aufbauarbeit in Westdeutschland bis weit in die achtziger Jahre erfahren hat und daß sich der Bund erst seit dem Untergang der DDR - und vorerst befristet auf 10 Jahre - allein für den Unterhalt der KZ-Gedenkstätten Buchenwald, Ravensbrück und Sachsenhausen mitverantwortlich fühlt. Vor allem aber - welchen Wert hätte ein Gedenken, das die Auseinandersetzung mit der Tat und den Tatorten scheut? Wahlkampf und Auseinandersetzungen um die Gedenkkultur der Bundesrepublik vertragen sich nicht. Versachlichung ist geboten.

Dies gilt auch für das seit 1993 immer wieder einmal geforderte Holocaust-Museum und die damit verbundene Standortdebatte. Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft teilen die in der Initiative zum Ausdruck gebrachte Sorge um die Zukunft der Erinnerung. Sie sind aber der Meinung, daß es sinnvoller ist, die bestehenden Einrichtungen der Erinnerungskultur zu sichern, auszubauen und zu koordinieren, als proklamatorisch neue Projekte zu starten. Ein inhaltliches Konzept für das Museum, das mehr wäre als die Ansammlung guten Willens, ist seit der Gründung des Kuratoriums 1993 nicht vorgelegt worden.

Die Situation gleicht dem Aufbau einer Stadt, in der halbfertige, teils einsturzgefährdete Häuser stehen, während der Bauherr bereits mit neuen Vorhaben beschäftigt ist. Die statt dessen wiederholte Behauptung, es gäbe in der Bundesrepublik keine Einrichtung, die der Auseinandersetzung mit der Geschichte der NS-Verbrechen und ihrer Folgen gewidmet ist, ist falsch. Beispielsweise werden die Repressions- und Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten, ihre Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen wie auch die weitreichenden Konsequenzen im Mittelpunkt des neuen Dokumentationszentrums der »Stiftung Topographie des Terrors« in Berlin stehen. In Frankfurt/M ist vor einigen Jahren das Fritz-Bauer-Institut zur Erforschung und Darstellung der Geschichte und Wirkung des Holocaust mit großem TamTam aus der Taufe gehoben worden. Gesichert ist es heute nur auf unterstem Niveau. Das Museum Berlin-Karlshorst, das den Kriegs- und Ausrottungsfeldzug gegen die Sowjetunion darstellt, ist trotz seiner gelungenen Gestaltung viel zu wenig in der Öffentlichkeit bekannt. Außerdem wird am Ort der Verwaltung aller Konzentrationslager in Oranienburg, einem herausragenden Ort der Täter, seit langem um die Erhaltung und museale Nutzung der Gebäude gerungen. Seit Jahren bemüht sich außerdem eine Initiative vergeblich darum, am zentralen Ort der Planungen der »Euthanasie«-Verbrechen in der Tiergartenstraße 4, Berlin, eine Dokumentation einzurichten. Intensivierung statt Extensivierung ist geboten!

*Dr. Volkhard Knigge ist
Sprecher der Arbeits-
gemeinschaft der
KZ-Gedenkstätten
in der Bundesrepublik
Deutschland und
Direktor der Stiftung
Gedenkstätten
Buchenwald und
Mittelbau-Dora sowie
Direktor der Gedenk-
stätte Buchenwald.*